

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 350 21. Dez. 2005

12. Jahrgang

## Zahlenakrobatik rund ums Staatsbudget

Die Diskussionen rund um das Haushaltsbudget des guatemaltekischen Staates (siehe ¡Fijáte! 349) prägten in den letzten Wochen die Schlagzeilen in den Medien und die Gespräche in den Gängen des Kongresses. Zahlen in Millionenhöhe bergen in sich die Verlockung, Vergleiche anzustellen und Umverteilungsvisionen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang erschien in der Internetzeitschrift *cambio3* der folgende Zahlen-Sport-Artikel von Byron Barrera.

Ebenfalls zu Zahlenspielerien aufgelegt war die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM), welche die Budgetdiskussion als Anlass nahm, den Hungerbekämpfungsdiskurs der Regierung den real budgetierten Zahlen in diesem Bereich gegenüberzustellen und einen Vergleich mit dem *Cero Hambre*- Programm der brasilianischen Regierung zu ziehen. Wir veröffentlichen eine Kurzfassung des daraus entstandenen Dokuments.

### „Ein Land, das nie an einer Fussballweltmeisterschaft teilgenommen hat, gibt mehr aus für den Sport als fürs Justizwesen“

Finden Sie es richtig, dass im guatemaltekischen Haushaltsetat mehr Geld für den staatlich geförderten Sport vorgesehen ist als für den Umweltschutz oder das Justizwesen? In Guatemala erhält gemäss verfassungsrechtlichen Bestimmungen die Justiz 2% des nationalen Budgets, während der Sport 3% bekommt. Dies sind täglich etwas 800'000 Quetzales (ca. 100'000 US-\$), die nächstes Jahr der *Autonomen Vereinigung des guatemaltekischen Sports* (Confede) zur Verfügung stehen werden, um den Sport zu fördern.

Die *Confede* besitzt eigenes Vermögen (das aber in Tat und Wahrheit staatliche Gelder sind) und ist vom Bezahlen jeglicher Steuern und sonstiger Abgaben befreit. Sie hinter ihrem Autonomiestatus versteckend (schön wäre es, wenn es sich auch um eine finanzielle Autonomie handeln würde) verweigern die Verantwortlichen jede Auskunft über Ausgaben und Einnahmen, die sie aus ihren saftigen Geschäften schöpfen wie z.B. dem Sponsoring und der Werbung oder den Eintritt, welche die ZuschauerInnen bei Sportveranstaltungen bezahlen.

Im Jahr 2005 erhielt die *Confede* staatliche 176'602'647 Quetzales. 160 Mio. davon gingen in „administrative Kosten“ der Vereinigung, 16 Mio. in „Anschaffungen“. Damit aber noch nicht genug der staatlichen Sportförderung, denn eine weiterer Betrag geht ans Ministerium für Kultur und Sport und rund 40 Mio. Quetzales erhält das Olympische Komitee Guatemalas. Insgesamt sprechen wir also von einer jährlichen staatlichen Sportförderung in Höhe von 300 Mio. Quetzales (ca. 37,5 Mio. US-\$).

Gemäss Verfassung muss die Hälfte der 3% der staatlichen Förderung der *Confede*, ein Viertel dem Schulsport und ein weiteres Viertel dem Nicht-Regierungs-Sport zur Verfügung gestellt werden. Das Budget der *Confede* stieg Jahr um Jahr um Millionen von Quetzales. Rund 134 Mio. waren es im Jahr 2001, 146 Mio. im Jahr 2002, 164 in 2003, 176 in 2004. Für 2006 ist ein erhöhter Etat von 191 Mio. Quetzales vorgesehen, das ist mehr als jenes des Umweltministeriums (dessen Budget mit knapp 37 Mio. Quetzales gerade mal dem entspricht, was die

Regierung jährlich für Eigenwerbung ausgibt) und mehr als die nationale Rechnungsprüfungsinstanz, eine der wichtigen Institutionen im Zusammenhang mit der Korruptionsbekämpfung. Dass der Sport mehr Geld bekommt als das Justizwesen zeigt, dass der Zugang zur Justiz das Privileg einiger weniger ist und die grosse Mehrheit, vor allem in ländlichen Gegenden, davon ausgeschlossen ist.

Autonomie und Korruption sind zwei Begriffe, die eng mit dem staatlich geförderten Sport, sprich mit der *Confede* verbunden sind. Ein Beispiel: Die Kosten für die Eröffnungsfeier der 8. Zentralamerikanischen Spiele, die am 8. und 9. Dezember in Guatemala stattfanden, wurden mit 10 Mio. Quetzales budgetiert. An der Ausschreibung für die logistische Durchführung dieser Veranstaltung nahm genau ein Unternehmen, die *Corseinsa*, teil, spezialisiert auf „Autowaschen, Verdunkeln von Autoscheiben, Pneuwechsel und Auswuchtung von Autofelgen“. Die Ausschreibung fand am 10. August statt, der Vertrag mit dem oben genannten Unternehmen war zu diesem Zeitpunkt bereits unterschrieben. Im Jahr 2001, als die Zentralamerikanischen Spiele ebenfalls in Guatemala stattfanden, kostete die Eröffnungsfeier 1'250'000 Quetzales, also genau acht Mal weniger. Hinter der *Corseinsa* steckt William Morales vom Unternehmen *Mercado Deportivo*, das seit Jahren in der Werbung für Sportveranstaltungen tätig ist.

Am vergangenen 12. November wurde die Leitung sowohl von *Confede* wie auch vom Olympischen Komitee neu gewählt. Für das Olympische Komitee wurde Oswaldo Méndez Herburger vorgeschlagen, der bereits Präsident von *Confede* war und dort der Geldhinterziehung beschuldigt wurde. Ebenfalls war er während der Regierung von Ex-Präsident Serrano Elías in einen Skandal der Energie-Firma Enron involviert. (Wieder-)gewählt wurde schliesslich der Gegenkandidat, Fernando Beltranena, der das Komitee bereits seit 12 Jahren präsidiert, während Herburger als Mitglied des Ehrengerichts des Komitees gewählt wurde.

Am 22. Oktober wurde der neue Vorstand der Nationalen Fussballvereinigung (Fedefutbol) neu gewählt. Für die Präsidentschaft kandidiert hatten Oscar Rolando Arroyo Arzú und Bryan Jiménez Hernández. Arroyo und drei weitere bisherige Vorstandsmitglieder der *Fedefutbol* wurden bezichtigt, im vergangenen Sommer in einen Ticket-Verkaufsbetrug involviert gewesen zu sein. Jiménez seinerseits hat einige Gerichtsverfahren hängig wegen Betrugs und Diebstahls.

Fussball ist denn auch ein weiteres Nest der Korruption. Mauricio Cabaleros, Ex-Präsident der *Fedefutbol* war im Jahr 2003 wegen Veruntreuung von Geldern angeklagt. Der Wieder- bzw. Mehrfachverkauf von Tickets für Sportveranstaltungen, die Fälschung von T-Shirts,

das ganze Sponsoringwesen, der „Handel“ der Spieler, all dies sind Quellen der Korruption, die fröhlich sprudeln.

Als Präsident von *Confede* wurde zum dritten Mal Mario Rolando Castro wiedergewählt. Offiziell und wie er selber behauptet, lebt er von seinen Renten, doch auch er wurde während seiner Amtszeit immer wieder der Geldhinterziehung, der illegalen Geschäfte und dem unverhältnismässigen Abrechnen von Spesengeldern beschuldigt. Im Jahr 1988 unternahm er z. B. eine Reise nach Deutschland, für die er 8 Mio. US-\$ an Spesen kassierte.

Der nationale Sport wird von einer regelrechten Mafia gesteuert. Er hat zwar einen autonomen Status, erhält aber von der Regierung mehr Geld als das Justiz-

wesen, mit dem Unterschied, dass dieses gratis ist, dass von ihm Resultate erwartet werden und dass es als Garant für eine funktionierende Demokratie gilt. Der Sport seinerseits dient als fruchtbarer Boden für Millionengeschäfte. Weshalb müssen ihm also noch öffentliche Gelder zugesprochen werden?

Wäre es nicht besser, den Gemeindebehörden würden die Gelder und die Verantwortung für die sportlichen Aktivitäten in ihren Gemeinden übertragen? Im Moment ist es nämlich so, dass der Staat das Hobby der Reichen finanziert und ihnen auf dem Silbertablett ein millionenschweres Budget serviert, damit ihre Unternehmen noch reicher werden und sie weitere gründen können.

Bezahlen wir dafür unsere Steuern?

### **Cero Hambre - Ist das brasilianische Modell auf Guatemala übertragbar?**

Eine Analyse der prozentualen Verteilung öffentlicher Gelder seit dem Jahr 1996 zeigt eine gleichbleibende Tendenz. Ebenfalls gleich bleibt die Tatsache, dass zu Beginn der jeweiligen Budgetdebatte der Grossteil der Gelder bereits verteilt ist, rund 60% des Budgets sind gebundene Posten, damit die Institution „Regierung“ überhaupt funktionieren kann und damit Darlehen und Staatsschulden zurückbezahlt werden können. Dies lässt ernsthafte Zweifel am politischen Willen der Regierungen aufkommen, die seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen an der Macht waren und die allesamt behaupteten, sie würden in ihren Etats die Umsetzung der Abkommen berücksichtigen.

Überhaupt werden entwicklungs- und sozialpolitische Veränderungen und Aktualitäten bei der Budgetplanung nicht genügend berücksichtigt, wie das Beispiel des Hurrikan Stan beweist, der grosse Teile Guatemalas just zum Zeitpunkt der Budgetdebatte zerstörte. Auch die von der Regierung versprochene Umsetzung der Millenniumsziele spiegeln sich in der Aufteilung des Staatsetats nicht wider. Es ist mittelfristig keine Politik auszumachen, mit der z. B. der Hunger bekämpft werden könnte. Nahrungsmangel und Hunger sind Probleme, die immer mehr Teile der guatemalteckischen Bevölkerung betreffen und gemäss den Worten des brasilianischen Präsidenten, Luís Ignacio Lula de Silva, der kürzlich in Guatemala zu Besuch war und sein Programm *Cero Hambre* vorstellte, zu einem kollektiven Genozid führen werden, wenn sie nicht vordringlich behandelt werden.

Leider haben unsere Behörden grösseres Interesse daran, Freihandelsabkommen zu unterzeichnen, als sich mit dem Programm von Präsident Lula aus-

einander zu setzen, von dem Guatemala einiges lernen und kopieren könnte.

Wie die Regierungen vor ihr, versprach auch die aktuelle, ihr Budget gemäss den in den Friedensabkommen definierten Prioritäten zu berechnen und zu verteilen. Konkret wären das Aufstokkungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnen sowie Sicherheit und Justiz.

Genau in diesen vier Bereichen hat sich budgetmässig in den letzten Jahren aber gar nichts getan, was über eine Veränderung von mehr als 1% hinausgegangen wäre, ausser bei dem Gesundheitssektor, der im Vergleich zum Jahr 2001 im nächsten Jahr 1.12% weniger bekommt. Überhaupt gibt es insgesamt nur drei Budgetposten, die mehr als 10% des Gesamtbudgets ausmachen. Einer davon ist für die Rückzahlung der Schulden bestimmt (18.45% im Vergleich zu 14.27% im Jahre 2001) die Bildung mit 14.5% (13.8% im Jahre 2001) sowie der ominöse Posten *Obligaciones del Estado a Cargo del Tesoro* (OECT), der mit 31.73% der am weitaus grösste Budgetposten ist. Über diesen Posten werden im Laufe des Jahres vorgenommene Budgeterhöhungen einzelner Ministerien finanziert oder Ausgaben, die während des Jahres per Regierungsdekret, oder aufgrund spezieller bzw. internationaler Gesetze getätigt werden müssen. Aus dieser „Kasse“ wird u. a. auch das Justizwesen finanziert. Es ist ein Budgetposten, der sehr breit ausgelegt werden kann und der alles andere als transparent gehandhabt wird, mit Vorliebe werden darüber z. B. auch „politische Schulden“ beglichen.

Gekürzt wurde für 2006 auch der Budgetposten *Secretarías y otras Dependencias del Ejecutivo*, über den eine Vielzahl der Programme im Rahmen der

Friedensabkommen, z. B. das Friedenssekretariat, das Wiedergutmachungsprogramm PNR, aber auch die diversen Sozialfonds laufen. Was das Thema Ernährungssicherheit betrifft, wurden ihm im Jahr 2004 450 Mio. Quetzales zugesprochen, im Jahr 2005 noch 48 Mio. und für 2006 nur noch 39 Mio. Quetzales. Wo ist hier eine Sozialpolitik generell und eine Politik zur Bekämpfung des Hungers im Speziellen auszumachen?

Brasilien lässt im 2006 2.23% des gesamten Staatsbudgets in das Programm *Cero Hambre* fliessen, während Guatemala für sein Programm zur Ernährungssicherung für nächstes Jahr 0.0011% des Gesamtbudgets vorsieht. Das Programm *Cero Hambre* wurde von

#### **¡Fijate!**

**Herausgegeben von:  
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise 14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

[www.guatemala.de/Fijate/index.html](http://www.guatemala.de/Fijate/index.html)

der brasilianischen Regierung im Jahr 2003 gestartet und hat zum Ziel, verschiedene Regierungsprogramme und die Arbeit verschiedener Ministerien so zu koordinieren, dass Armut und Hunger effektiv bekämpft werden können. Das Programm umfasst längerfristige strukturelle Veränderungen wie auch kurzfristige Nahrungsmittelhilfe. Bereits im dritten Jahr (2005) hat sich das Budget für *Cero Hambre* mehr als verdoppelt. Parallel zu diesem Programm läuft in Brasilien eine Agrarreform, in deren Rahmen innerhalb von vier Jahren 530'000 Familien zu Land kommen sollen. Ein weiterer Schwerpunkt des Programms ist die

Bildung.

Die Wirtschaft Brasiliens kann nicht mit der Guatemalas verglichen werden, da ganz unterschiedliche Voraussetzungen und Potentiale vorhanden sind. Trotzdem könnte Brasilien im Bereich der Armutsbekämpfung, der Bildungs- und der Entwicklungspolitik als Beispiel für Guatemala dienen, denn mindestens der krasse Arm-Reich-Gegensatz trifft für beide Länder in ähnlicher Weise zu.

Das Beispiel Brasiliens zeigt die Wichtigkeit der Diskussion über die subsidiäre Rolle des Staates auf, eine Diskussion, die im Rahmen der neoliberalen

Strömung unter den Tisch gewischt wurde. Ziel einer solchen Diskussion muss es sein, die Notwendigkeit öffentlicher Programme einzusehen, die tatsächlich den Bevölkerungskreisen und Gemeinden zu Gute kommen, die unter Elend und Hunger leiden. Und zwar müssen solche Programme weiter gehen als die Armuts-Bekämpfungs-Rezepte der internationalen Finanzinstitutionen, die zum Teil verheerende Auswirkungen hatten. Unbedingt wichtig ist auch, dass nicht parteipolitische Interessen eine Budgetdebatte bestimmen, sondern eine längerfristige nationale Perspektive eingenommen wird.

## Gesundheitswesen zahlt die Rechnung der Gewalt

**Guatemala, 15. Dez.** Das Gewaltklima, das im Land herrscht, hat die Krankenhäuser angesichts der Anzahl der verletzten Personen, die täglich eingeliefert werden, bereits an den Rand des Kollapses gebracht. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren sind die Kosten, die das *Sozialversicherungsinstitut* (IGSS) für medizinische Behandlungen aufwendet, in diesem Zusammenhang um 20% gestiegen. Auch Verkehrsunfälle werden unter die Gewalttaten summiert. Die Zahl der im IGSS behandelten Frauen ist aufgrund des Anstiegs der Gewalt von 2% im Jahre 2000 auf 12% in 2005 gestiegen. Jeden Tag werden im Rehabilitationskrankenhaus 35 neue Gewaltopfer eingeliefert. Der Klinikdirektor Juan Carlos Lorenti berichtet, dass bis 2000 der Großteil der PatientInnen einer Rehabilitationsbehandlung aufgrund von gewöhnlichen Krankheiten, Landwirtschafts- oder Arbeitsunfällen bedurfte, diese stellten inzwischen jedoch eine Minderheit dar.

Mit mehr als 5'000 Toten aufgrund von Gewalt verwandelt sich das Jahr 2005 in das gewaltsamste Jahr in der neueren Geschichte des Landes. Die *Nationale Zivilpolizei* registrierte bis Ende November 5'181 Morde, allein in der Hauptstadt wurden im gleichen Zeitraum 1,987 gezählt. 75% der Opfer sind aufgrund von Verletzungen durch Schusswaffen umgekommen, der Rest durch Stichwaffen, Schläge und Erwürgen. 586 der Toten sind Frauen, 1,349 waren zum Todeszeitpunkt zwischen 18 und 36 Jahren alt.

Der Direktor des Leichenschauhauses, Dr. Mario Guerra, informiert, dass 515 Leichen von Minderjährigen eingeliefert wurden. „Wir haben unter anderem Kinderleichen im Alter zwischen zwei und vier Jahren in Empfang genommen, von denen die meisten ihr Leben verloren haben, da sie von Schusswaffen getroffen wurden“, so Guerra.

Derweil seien laut PNC-Bericht die Zahlen von Diebstählen und Raub in

Banken, Geschäften, Wohnhäusern, Kirchen und Bussen sowie von Autos gegen Touristen weniger geworden. Im Jahr 2004 wurden demnach 18'766 Diebstähle registriert, im Laufe von 2005 dagegen 15'862. Mit 2'526 Fällen im laufenden Jahr wurden 16 Fälle von häuslicher Gewalt weniger denunziert als im vergangenen, 282 Vergewaltigungen in 2005 wurden gegenüber 363 im Jahr 2004 und 52 Entführungen gegenüber 51 in 2004 gemeldet.

Während PNC-Direktor Erwin Speisen auf der Theorie beharrt, dass es sich in der Mehrheit der Mordfälle um Auseinandersetzungen und Rechnungsbelegungen zwischen Mitgliedern des organisierten Verbrechens handele – nicht zu vergessen, dass darin die Jugendbanden mit inbegriffen sind!, schätzt das Menschenrechtsprokurat (PDH), dass in 95,8% der Gewalttaten weder ermittelt wird und erst recht keine Verdächtigen auftauchen und allein 0,03% der Fälle in irgendeiner Weise vom Gerichtswesen gelöst werden. Das bedeute, so der Menschenrechtsombudsmann Sergio Morales, dass in Guatemala ganz klar die Regel Straflosigkeit heisse. Dementsprechend interpretiert Adela de Torrebarte von der Vereinigung *Madres Angustiadadas*, dass der Rückgang der Anzeigen von Gewalttaten rückgängig ist aufgrund der Angst vor Repressalien durch die Täter und des Misstrauens in die zuständigen Autoritäten, die nicht selten selbst die Täter sind.

Das Innenministerium hat unter anderem festgestellt, dass die neuen Streifenwagen, mit denen die PNC vor wenigen Monaten ausgerüstet wurde, von den AgentInnen skrupellos für Delikte genutzt werden. Bis zu 2'500 Polizeiangestellte stehen im Verdacht, sich an Entführungen, Diebstahl, Erpressung und Korruption zu beteiligen. Die angezeigten Fälle sind noch einmal gestiegen, nachdem angekündigt wurde, die erste „Säuberung“ der Polizei in diesem Jahr, bei der 2'500 AgentInnen entlas-

sen wurden, im Januar um die Kündigung von weiteren 1'500 Angestellten fortzusetzen.

Die Polizeigruppe, die fast vollständig entlassen werden wird, ist die 90 Leute zählende Fiskal- und Grenzeinheit, die für die Supervision des Warenverkehrs zuständig ist, um Schmuggel zu verhindern. Statt diese Aufgabe zu erfüllen, widmeten sie sich offensichtlich eher dem Erpressen und der Erleichterung des Transportes illegaler Waren.

Die Vermutung besteht, dass die derzeit „noch aktiven“ PolizistInnen kriminelle Kontakte zu den bereits Entlassenen pflegen. Ein hoher Prozentanteil derer, die gehen müssen, besetzt Posten mittleren und oberen Ranges der PNC.

## Frauen in Haft

**Guatemala, 02. Dez.** Das *Institut für vergleichende Studien im Strafrecht* (IECCP) ermittelte in einer Studie mittels Interviews mit 154 inhaftierten Frauen, die 75% der Festgenommenen darstellen, dass die Mehrheit von ihnen während und nach der Festnahme Opfer von sexueller Belästigung, Vergewaltigung, Aggressionen, Enteignung ihrer Habseligkeiten und Anomalien im Prozedere der Verhaftung durch Polizisten wurde. Nicht nur wurden viele der Frauen ohne rechtliche Basis von der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) festgenommen, sondern 22 von 100 Frauen berichten unter anderem, dass sie bei der Einweisung in die Polizeistation von Männern ihrer Kleidung entledigt, analen wie vaginalen Checks unterzogen und mit nacktem Körper fotografiert wurden. 27% der Interviewten erhielten laut Aussage Morddrohungen, damit sie keine Anzeige erstatteten. Laut der Studie wurde ein Großteil der Frauen vor und in der Haft geschlagen, gefoltert und auf grausame, unmenschliche Art behandelt.

## Gescheiterte Lohnverhandlungen

**Guatemala, 16. Dez.** „Lohnverhandlungen in Guatemala zu führen, speziell wenn die Regierung als Vermittlerin auftritt, ist etwa ebenso schwierig, wie Öl und Wasser zu mischen“, schreibt Erwin Pérez im Leitartikel von *Incidencia Demorática* vom 1. Dezember.

Laut guatemaltekischem Gesetz muss jeweils bis Ende November eine aus ArbeitnehmerInnen, ArbeitgeberInnen und der Regierung zusammengesetzte Kommission über die Mindestlöhne für das kommende Jahr verhandeln. Kommt es zu keinem Kompromiss, liegt es in der Hand des Präsidenten, einen entsprechenden Entscheid zu fällen.

Unter der Regierung von Präsident Portillo war es immer so: die Verhandlungen scheiterten und der Präsident entschied. Im Jahr 1999 betrug der Mindestlohn für LandarbeiterInnen 19.65 Quetzales (ca. 2.45 US-\$), im Jahr 2000 stieg er auf 21.62 Q, 2001 auf 25.08 Q, und so weiter, bis ins Jahr 2004, wo er auf 38.60 Q festgelegt wurde. Dieser blieb auch im Jahr 2005 gültig, da einmal mehr keine Einigung erzielt wurde.

Da auch die Lohnverhandlungen für das Jahr 2006 scheiterten, kündigte Präsident Berger am 1. Dezember per Regierungsdekret eine Gehaltserhöhung von 10% an, was 3.86 Q bzw. 0.5 US-\$ pro Tag entspricht. Dies entspricht einem Monatslohn von 1,548.80 Quetzales für ArbeiterInnen auf dem Land und 1584.80 für diejenigen in den Städten. Die Inflation hat aber in den Jahren, in denen es keine Lohnanpassungen gab, mehr als 20% betragen, was die logische Konsequenz hatte, dass die Kaufkraft der ArbeiterInnen stark beeinträchtigt wurde. In den vergangenen fünf Jahren erhöhte sich zwar der Mindestlohn um 18.95 Q pro Tag, die Preise des Grundwarenkorb stiegen aber unverhältnismässig. Heute kostet er für eine fünfköpfige Familie monatlich 2765 Q, das entspricht 64 Tageslöhnen.

Sowohl ArbeitnehmerInnen- wie ArbeitgeberInnenseite sind verärgert über den Entscheid des Präsidenten. Die ersten, weil ihnen die Lohnerhöhung als zu gering erscheint, die zweiten, weil Berger nach den gescheiterten Verhandlungen vor einem Jahr versprach, für diesmal einen Vorschlag auf der Basis eines Produktivitätslohns zu machen; eine Idee wiederum, die den ArbeitnehmerInnen nicht passt.

Zum Thema Löhne machte die Nachrichtenagentur *Inforpress* sowohl in den USA wie in Guatemala eine Umfrage in vier verschiedenen Arbeitsbereichen (Bankensektor, transnationale Fast-Food-Ketten, Supermärkte und Zuckerrohranbau). Das Ziel war, die Kaufkraft der ArbeiterInnen bezüglich des Produktes, das sie herstellen, zu erfassen. Die Resultate sind für die guatemaltekischen ArbeiterInnen ernüchternd.

Die Fast-Food-Ketten arbeiten in den USA und in Guatemala mit der selben Technologie und die Produktionsprozesse sowie das erforderliche technische Wissen der Angestellten sind identisch. Eine Angestellte von McDonald's, die in den USA einen täglichen Mindestlohn von 49.20 \$ verdient, kann sich damit 12 Big Mac „Combos“ leisten, eine Angestellte in Guatemala mit einem Tageslohn von 7.92 \$ kann sich genau 2 „Combos“ täglich kaufen.

Auf dem Land ist die Situation noch schlimmer. Das *Nationale Statistikinstitut* (INE) geht davon aus, dass rund 95% der LandarbeiterInnen weniger als den Mindestlohn verdienen, im Gegensatz zu den ArbeiterInnen im Nicht-Landwirtschaftsbereich, wo etwa 64% der Angestellten weniger als den Mindestlohn bekommen. Weiter sind laut INE rund 35% der Arbeitstätigen unterbeschäftigt und rund 3.5 Mio. Personen arbeiten im informellen Sektor.

Der Unternehmersektor hat versucht, die Regierung dahingehend unter Druck zu setzen, dass diese den informellen Arbeitssektor unterbindet, doch dafür bräuchte es unter anderem mehr Arbeitsplätze und bessere Löhne im formellen Sektor. Doch jedes Mal, wenn die Regierung davon spricht, den Mindestlohn herauf zu setzen, drohen die UnternehmerInnen mit massiven Entlassungen.

Bezüglich der Situation der ArbeiterInnen im Landwirtschaftsbereich veröffentlichte die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* CNOC kürzlich eine Studie. Darin schreibt sie, dass auf den von CNOC befragten 50 Fincas im ganzen Land bloss 3.3% der LandarbeiterInnen überhaupt einen Arbeitsvertrag hätten. In den meisten Fällen würde eine Anstellung mündlich abgemacht, oft nicht einmal direkt mit dem Fincabesitzer, sondern mit einem Mittelsmann. CNOC kritisiert auch das Arbeitsministerium, das seinen Job nicht gut mache und nicht im Inter-

esse der ArbeiterInnen handle. Von den untersuchten Fincas seien bloss 10% vom Arbeitsministerium inspiziert worden.

Auch das *Komitee der BäuerInnen* (CUC) legte dieser Tage die Ergebnisse seiner alljährlichen Bestandsaufnahme der Situation vor, in der die indigene und BäuerInnenbevölkerung lebt. Darin wird der allgemeine Verschlechterungstrend rundweg bestätigt. Rafael González, Koordinator vom CUC erläuterte: Während 2005 seien die Produktpreise beispielsweise vom Propangas, vom Kraftstoff, Transportkosten und Strom gestiegen, was sich in den Preisen aller anderen Produkte, namentlich der Grundnahrungsmittel, deutlich widerspiegeln. Die von Berger angekündigte Mindestlohnerhöhung bezeichnete González als ironisch, die Gehälter blieben weiterhin Hungerlöhne.

Die Agrarproblematik habe sich derweil laut CUC-Beobachtung verschärft, denn anstatt Lösungsmechanismen zu suchen, habe die Regierung zur Repression gegriffen und eine politische Richtung verfolgt, die den bäuerlichen Forderungen entgegenwirke wie Haftbefehle gegen BäuerInnenführerInnen und illegale Festnahmen, wie im Fall einer BäuerInnenführerin aus Puerto de San José, Escuintla.

Die Ausbeutung der Arbeitskraft von tausenden von Guatemaltekinnen in landwirtschaftlichen Unternehmen, die Zuckerrohr, Kaffee, Gummi oder andere Produkte verarbeiten sowie politische Massnahmen, die das Arbeitsrecht aufweichen wie die Arbeitsflexibilisierung, das Schliessen von Zeitverträgen, ungerechtfertigte Entlassungen, der Mangel an Organisationsfreiheit und Akkordarbeit, sind weitere Kritikpunkte der organisierten BäuerInnen.

Das CUC fordert die Regierung auf, den Geist und Inhalt der Friedensverträge wieder aufzugreifen und bittet die Internationale Gemeinschaft um Solidarität und Begleitung.

## 22 Fincaräumungen im Jahr 2005

**Guatemala, 9. Dez.** Die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC) gab bekannt, dass es im Jahr 2005 insgesamt 22 Fincaräumungen gab, wobei es in sechs Fällen zu Gewaltanwendung seitens der Behörden kam. Dies war der Fall z. B. bei den Räumungen der Fincas El Corozo in Suchitupéquez (siehe ¡Fijáte! 327) oder in Santa Gertrudis in Santa Maria Xalapán, Jutiapa (siehe ¡Fijáte! 348). Gilberto Atz erklärte, dass die verhältnismässig geringe Zahl gewalttätiger Räumungen nicht auf den Goodwill der Regierung zurückzuführen sei, sondern weil diese gemerkt

habe, dass die Anwendung von Gewalt gegenüber Menschen, die ihr legitimes Recht einfordern, das nationale und internationale Ansehen schädige. Die Erklärung der Regierung, weshalb die Fincaräumungen zurückgegangen seien lautet, dass man erfolgreich auf den Dialog zurückgegriffen habe, um soziale Konflikte zu lösen.

Die CNOC informierte weiter, dass es aktuell im Land 92 besetzte Fincas gibt, eine Massnahme der BäuerInnen, um ihre Rechte wie die Zahlung von Zusatzleistungen, bessere Arbeitsbedingungen, würdevolle Löhne etc. einzufordern.

## Opfer von Gewalt verzichten auf Anzeige

**Guatemala, 5. Dez.** Die Mehrheit der Opfer innerfamiliärer und sexueller Gewalt verzichten auf eine Anzeige aufgrund von Drohungen seitens des Täters, Bestechung oder Fahrlässigkeit der Behörden. Dies ist eines der Ergebnisse, zu dem die vom *Institut für vergleichende Studien im Strafrecht* (IECCP) herausgegebene Studie «Gewalt gegen Frauen: Der Umgang seitens der Justiz» gekommen ist. Das Dokument zeigt auf, dass das Fehlen von Anzeigen eines der grössten Probleme beim strafrechtlichen Verfolgen sexueller Gewalttaten ist. Vor allem bei innerfamiliärer Gewalt gibt es eine Dynamik, die sehr schwer zu durchbrechen ist. Der Täter, den die Frau eigentlich liebt, bittet um Verzeihung, ver-

spricht, dass es nie wieder vorkomme, was die Frau ja nur zu gerne glauben möchte. Zur emotionalen, kommt in vielen Fällen die ökonomische Abhängigkeit der Frau von ihrem Partner, was eine Anklage oder eine Trennung schwierig macht.

Oft kommt es nicht zu einer Anklage, weil der zuständige Richter illegalerweise dazu bereit ist, aussergerichtliche Abmachungen zwischen dem Täter und der Familie des Opfers auszuhandeln, speziell wenn es sich beim Opfer um eine Minderjährige handelt. So galt bis vor kurzem laut Artikel 200 des Strafgesetzbuches dass, wenn der Täter das (über zwölfjährige) Opfer heiratet, eine Vergewaltigung nicht strafrechtlich verfolgt

wird.

Dieser Artikel 200 wurde aber Anfang Dezember vom Verfassungsgericht provisorisch suspendiert. Der Artikel wurde von Frauen- und MenschenrechtlerInnen als „archaisch“ bezeichnet, weshalb er unbedingt ausser Kraft gesetzt werden müsse. Ab sofort ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, auch solche Fälle als Offizialdelikte zu verfolgen.

In dem in der Studie von IECCP untersuchten Jahr 2003 wurden von den 229'572 bei der Staatsanwaltschaft eingereichten Klagen 33% ergebnislos archiviert, 12% wurden abgewiesen, in 3% wurde das Verfahren eingestellt und 39.59% sind noch hängig.

## CICIACS – die Regierung im Alleingang

**Guatemala, 16. Dez.** In letzter Zeit steht das Thema CICIACS (*Kommission zur Untersuchung illegaler Körperschaften und klandestiner Sicherheitsapparate*) wieder einmal aktuell im Raume. Dermassen, dass Vizepräsident Eduardo Stein persönlich zum UNO-Generalsekretär Kofi Annan nach New York reiste und bei seiner Rückkehr begeistert davon sprach, in sechs Monaten könne es soweit und die CICIACS eine Realität sein.

Was ist geschehen, dass es nun plötzlich so schnell vorwärts zu gehen scheint, nachdem die im Jahr 2003 von den Menschenrechtsorganisationen vorgeschlagene CICIACS als verfassungswidrig abgelehnt und sämtlichen angepassten Vorschlägen legale und politische Hindernisse in den Weg gestellt wurden?

Seit Sommer 2004, als der damalige CICIACS-Entwurf vom Verfassungsgericht zurückgewiesen wurde, versprach die Regierung, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten. Ein solcher liegt nun vor, ausgebrütet von der *Präsidialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH) unter Leitung von Frank LaRue. Beziehungsweise liegt er eben nicht vor, sondern wird unter absoluter Geheimhaltung gehalten. Selbst die damals das Thema CICIACS lancierenden Menschenrechtsorganisationen wurden weder beratend beigezogen noch wurde ihnen die jetzige Fassung vorgelegt, was diese entsprechend ärgert.

Einerseits befürchten sie, dass ihre ursprüngliche Idee verwässert bzw. gar nicht im neuen Vorschlag aufgenommen wurde. Gemäss Claudia Paz vom *Institut für vergleichende Studien im Strafrecht* (IECCP) werden die Menschenrechtsorganisationen keine CICIACS gutheis-

sen, die sich nicht auf die internationalen Menschenrechtskonventionen stütze und die nicht in autonomer Weise von der UNO geleitet werde. Es gäbe keinen Grund, nicht transparent mit dem Thema umzugehen, heisst es in einer gemeinsamen Presseerklärung verschiedener Menschenrechtsorganisationen zum Schweigen der Regierung bezüglich ihrem CICIACS-Vorschlag. Auch der staatliche Menschenrechtsprokurator, Sergio Morales, äusserte sich erstaunt und befremdet darüber, dass er nicht in die Ausarbeitung des Vorschlages einbezogen wurde.

Frank LaRue seinerseits bedauert die Position der Menschenrechtsorganisationen und ihr Misstrauen ihm gegenüber. Sobald die Legislative grünes Licht gegeben habe, was Anfang 2006 der Fall sein soll, würden auch sie darüber informiert, heisst es seitens LaRues.

Die Befürchtungen der Menschenrechtsorganisationen kann man durchaus verstehen, wenn man das Interview liest, das eine guatemaltekeische Tageszeitung kürzlich mit dem Innenminister Carlos Vielmann geführt hat. Darin spricht er im Zusammenhang mit der Bekämpfung des organisierten Verbrechens in einem Atemzug von der CICIACS und der Einführung von sog. RichterInnen ohne Gesicht. Diese Figur wurde damals von General Efraín Ríos Montt eingeführt, um als StaatsfeindInnen erklärte Personen im Schnellgang zu verurteilen.

Vielmann plädiert für diese Massnahme mit der Begründung, so die Sicherheit des Justizpersonals zu garantieren, die sich mit Untersuchungen von illegalen und Mafiastrukturen durchaus einem grossen Risiko aussetzen. Rich-

terInnen ohne Gesicht – und ohne Verantwortung – einzusetzen, würde dem aber nicht abhelfen, schreibt Oscar Clemente Marroquín in der Tageszeitung *La Hora* vom 12. Dezember. Was Guatemala brauche, seien RichterInnen mit Mut und der notwendigen Standhaftigkeit, um die Gesetze unter allen Umständen anzuwenden und die sich nicht nur dem organisierten Verbrechen gegenüberstellen würden sondern auch der wankelmütigen öffentlichen Meinung, die ständig manipuliert werde, schreibt Marroquín weiter.

## 3% stets anwesend

**Guatemala, 05. Dez.** Gesundheitliche Probleme, Auslandsreisen, gefolgt von Familiären Angelegenheiten, Strassensperren oder Demonstrationen sind nur manche der Entschuldigungen, mit denen 153 der insgesamt 158 Kongressabgeordneten ihre Abwesenheit in einigen der 67 ordentlichen Sitzungen des Kongresses zwischen dem 14. Januar und 27. Oktober diesen Jahres rechtfertigten. Gemäss der Anwesenheitskontrolle, die von der Technischen Abteilung geführt wird, waren lediglich fünf der Abgeordneten – 3 % - in allen Sitzungen anwesend, und vier fehlten nur in einer.

Gemäss des Jahresberichts erhielt der Kongressvorstand während des genannten Zeitraums 1'220 Entschuldigungen von den 153 Kongressmitgliedern. Die Parlamentsstatuten erlauben derweil, dass irgendeine Rechtfertigung für das Fehlen ausreicht, um Abzüge von 70% der täglichen Diäten zu vermeiden, die für eine Plenarsitzung erstattet werden.

## Alle Jahre wieder - Schwarzpulver: Lebensgarant für Kinder

**Guatemala, 12. Dez.** Statistiken von Schulzentren im Munizip San Raymundo zeigen auf, dass 9 von 10 Mädchen und Jungen im Alter von 5 Jahren sich an der Herstellung von Feuerwerkskörpern beteiligen müssen, eine, gerade für diese Region, typische Familienstrategie zum alltäglichen Überleben. Die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) ermittelte in San Raymundo und San Juan Sacatepéquez, wo sich 95% der nationalen Knaller-Produktion konzentrieren, mittels einer Studie, dass hier 7'791 Personen in diesem Arbeitsbereich tätig sind, 3'700 davon sind minderjährige Mädchen und Jungen.

Jeder Familie werden 5 Quetzales (ca. US-\$ 0,65) für ein Dutzend Chinaböller gezahlt, in einer Woche verdient sie rund 300 Quetzales bei einem Arbeitspensum von 14 Stunden täglich von mindestens fünf Familienmitgliedern.

Auch wenn es ums Überleben der Familien gehe, versichert die Abgeordnete Nineth Montenegro, dass es sich um eine Angelegenheit des Innenministeriums handelt, das die Lizenzen für die Verreibung von Kaliumchlorit und Schwarzpulver vergibt, ein Vorgang, der ohne vorherige Inspektionen hinsichtlich der Anwesenheit von Kindern in den Produktionsstätten durchgeführt werde. Montenegro stimmt mit der Beauftragten für Kinder und Jugendliche des Menschenrechtsprokurats (PDH), Nidia Aguilar, überein, die betont, dass die Regierung öffentliche Politikansätze für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung

vorantreiben und Arbeitsalternativen für die Familien bieten müsse, die weiterhin Feuerwerkskörper herstellten, solange sie in extremer Armut lebten. Die Produktion von Knallern stellt für die Unternehmer einen Gewinn von rund 40 Mio. Quetzales im Jahr dar, während die darin tätigen Familien unter einer Decke von Straflosigkeit, institutionel-

ler Gleichgültigkeit und speziell die Mädchen und Jungen in einer Situation extremer Gefährdung arbeiten, denn sie tragen den Schaden bei jeglichem Unfall.

Gerade - aber nicht nur - in der (Vor-)Weihnachtszeit gehört in Guatemala das massenweise Abfeuern von Knallkörpern zur weit verbreiteten Tradition, ungeachtet der Uhrzeit und dem Ort.

## Hoffnung in Polizei-Archive

**Guatemala, 16. Dez.** Kommentare, geschrieben auf einer mechanischen Schreibmaschine, hinterlassen auf Polizeiformularen, erzählen eine Geschichte, die nach Ansicht des *Menschenrechtsprokurats* (PDH) die Rolle der politischen Verfolgerin bestätigt, die die *Nationalpolizei* (PN) während des internen bewaffneten Konflikts spielte. Die PN-Akten, die seit Juli diesen Jahres in diversen Departements lokalisiert wurden, zählten laut PDH bald 120 Millionen Seiten und stellten das grösste entsprechende Archiv in Lateinamerika dar. (siehe ¡Fijáte! 342)

In erster Linie dienten die Dokumente wohl der Datenregistrierung einer Person, der von der Verkehrsabteilung ein Führerschein ausgestellt wurde. Carla Villagran, Leiterin der Studien- und Analyseabteilung der PDH, berichtet, dass auf der Rückseite der Papiere zahlreiche Notizen zu finden seien, die Kommentare hinsichtlich der - laut Ansicht der PN - „wirklichen Tätigkeit“ der

registrierten Person beinhalten. Z. B., dass sie einem Guerilla-Kader angehöre oder, so der Fall des jetzigen Abgeordneten Mario Chávez, in rot die Notiz „Kommunist“. Andere Vermerke weisen ohne nähere Details darauf hin, dass die Person vor ein Militärgericht geladen sei. Neben den Führerscheinformularen gibt es laut Villagran auch Unterlagen, die für die Dokumentierung von Festnahmen wegen gewöhnlicher Verbrechen, wegen politischer Aktivitäten und gar für Angelegenheiten *post mortem* dienen.

Derweil sind in den Archiven Dokumente über historische Führungspersonen der *Guatemalteckischen Arbeitspartei* (PGT) und bekannte Gewerkschaftsführer gefunden worden.

Die Formulare enthüllen zudem, dass es eine PN-interne Nomenklatur gab, die auf das Schicksal der festgenommenen Personen hinweisen, ein Hoffnungsschimmer für die Ermittlungen der 50'000 Fälle gewaltsamen Verschwindens während des Konflikts.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir von der ¡Fijáte!-Redaktion wünschen Euch alles Gute zum neuen Jahr. Wir danken allen, die uns auch im vergangenen Jahr wieder „hinter den Kulissen“ in unserer Arbeit unterstützt haben, die uns mit Informationen beliefert, uns inhaltlich, administrativ und technisch begleitet haben. Und wir danken Euch für Euer Interesse am ¡Fijáte! und an Guatemala und hoffen, Euch auch nächstes Jahr zu unseren LeserInnen zählen zu können.

Wie bereits im Mai angekündigt, kommt es zum neuen Jahr zu einer grundlegenden Veränderung: Barbara wird sich aus persönlichen Gründen aus der permanenten Redaktion zurückziehen, die sie im Sommer 1999 erst allein übernommen hat, seit Frühjahr 2002 haben wir sie gemeinsam bestritten. Die Verwirklichung von Barbaras ursprünglicher Idee, bereits zum Jahr 2003 „auszusteigen“, hat sich - zu meinem und des ¡Fijáte!'s Glück - bis jetzt also hinausgezögert und wird auch nicht komplett vollzogen, als Freie Mitarbeiterin wird Barbara unserem „Kinde“, wie wir den ¡Fijáte! liebevoll unter uns beiden „Müttern“ genannt haben, treu bleiben.

Vielen Dank an dieser Stelle Dir, Barbara, für die schöne, bereichernde, mir wertvolle gemeinsame ¡Fijáte!-Zeit und die Freundschaft, die während dieser zwischen uns gewachsen ist! Schön, dass Du die bleibende Mutter und das Kind nicht ganz verlässt!

Eine Verstärkung des Teams der Erziehungsbeauftragten ist wahrscheinlich in Person eines Ziehvaters in Aussicht. Auch wenn die Umstrukturierung noch nicht geklärt ist, ist das regelmässige Erscheinen der 14täglichen „Nachrichten, Informationen und Berichte zu Guatemala“ garantiert!

Mit der nächsten Ausgabe des ¡Fijáte!, die voraussichtlich am 11. Januar erscheint, bekommt Ihr die Jahresrechnung für 2006 mit der Bitte, diese bald zu begleiten.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal auf die Webseite >[www.guatemala.de](http://www.guatemala.de)< hinweisen, wo Ihr nebst anderen Informationen zu Guatemala auch die älteren Ausgaben des ¡Fijáte! samt Suchprogramm findet. Ein herzliches Dankeschön an Ottmar Zimmer für den treuen Service der steten Aktualisierung!

Herzlichen Dank,

Barbara Müller und Christiane Treck